



«Wirklich schädlich ist es, wenn wir unsere Baumwolllieferungen nicht absichern können – und genau das würde die JUSO-Initiative uns erschweren.»

ROLF STAHEL
CFO der Paul Reinhart AG in Winterthur

Und immer noch
mehr
Bürokratie

Die JUSO-Initiative zwingt die Schweiz, eine neue Aufsichtsbehörde zu schaffen. Diese müsste peinlich genau kontrollieren, mit wem und warum Unternehmen Terminverträge über Mais, Weizen oder Kakao abschliessen. Machen sie es nur zur Absicherung ihrer Produktion, was erlaubt wäre? Oder spekulieren sie womöglich? Die Antwort fällt nicht immer einfach, zumal der Börsenhandel anonym abläuft. Deshalb müssten sowohl der Bund als auch die betroffenen Unternehmen viel Personal einstellen, um die Kontrollen durchzuführen. Diese aufgeblähte Bürokratie kostet Steuergelder und schwächt die Schweizer Firmen im Wettbewerb mit ihrer Konkurrenz.

Bedeutende
Wirtschaftsbranche
betroffen

Seit Jahrhunderten betreiben Schweizer Unternehmen Rohstoffhandel. Für viele Güter ist unser Land heute einer der weltweit wichtigsten Umschlagplätze, beispielsweise für Nahrungsmittel wie Getreide und Kaffee. Die gesamte Rohstoffbranche trägt 3,9 Prozent zum Bruttoinlandprodukt (BIP) bei und beschäftigt rund 12000 Menschen. Weil die betroffenen Unternehmen in Zug und Genf für einen grossen Teil der Steuereinnahmen verantwortlich sind, geriete bei einem Ja zur Initiative auch der nationale Finanzausgleich in Schieflage. Beide Kantone gehören nämlich zu den grössten Nettozahlern. Die finanziellen Folgen bekämen alle Regionen der Schweiz zu spüren.

Schädlich
für den Standort
Schweiz

Mit der Initiative wird die Wirtschaftsfreiheit in der Schweiz stark eingeschränkt, ohne dass es irgendjemandem etwas nützen würde. Beschliesst unser Land im Alleingang ein weltweit einmaliges Handelsverbot, führt das zu grosser Unsicherheit. Die direkt betroffenen Firmen müssten ihren Standort ins Ausland verlagern, womit der Schweiz wichtige Steuereinnahmen für immer verloren gingen. Andere Standorte wie zum Beispiel Singapur würden unsere Unternehmen nur zu gerne aufnehmen und von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen profitieren. Und mit Blick auf die Schweiz würden sich Investoren zu Recht die Frage stellen, was hier wohl als Nächstes verboten wird. Unter solchen Bedingungen investiert niemand mehr. Das kann nur die JUSO freuen, die den Kapitalismus ja ohnehin abschaffen wollen.

nein
ZUR

JUSO-
SPEKULATIONS-
INITIATIVE

www.jusoinitiative-nein.ch

economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen,
Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich



nein

JUSO-
SPEKULATIONS-
INITIATIVE

ZUR

AM 28. FEBRUAR 2016

WENIGER MARKT = MEHR HUNGER

Mit ihrer neusten Initiative entziehen die Jungsozialisten (JUSO) einer der wichtigsten Branchen der Schweiz die Existenzgrundlage. Ein totales Verbot von Spekulation, verbunden mit einer irrwitzigen Kontrollbürokratie, schadet dem Wirtschaftsstandort enorm. Dabei steht längst fest, dass diese Geschäfte die Höhe der Nahrungsmittelpreise nicht negativ beeinflussen. Im Gegenteil: Terminverträge ermöglichen es Bauern, Händlern und Nahrungsmittelproduzenten, sich gegen Risiken abzusichern. Damit dies reibungslos funktioniert, braucht es Investoren an den Terminbörsen. Wer diesen Handel verbieten will, leistet dem Hunger in den armen Ländern noch Vorschub.

Darum geht es

Die Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» der Jungsozialisten will Schweizer Finanzmarktakteuren verbieten, an Agrarrohstoffbörsen Handel zu treiben. Die JUSO behaupten, solche Geschäfte würden die Nahrungsmittelpreise weltweit in die Höhe treiben oder stark schwanken lassen. Sie seien deshalb mitverantwortlich für den Hunger in ärmeren Ländern. Die Initianten fordern scharfe Kontrollen durch Bundesbehörden, um das Verbot durchzusetzen.

Ein völlig
unsinniges
Verbot

Es gibt weltweit viele Börsen, an denen Terminverträge für Agrarrohstoffe gehandelt werden. Keine davon steht in der Schweiz. Und es wird sich auch keine davon der JUSO-Initiative anpassen. Und selbst wenn: Ein weltweites Handelsverbot wäre unsinnig, ja sogar kontraproduktiv. Denn mit Terminverträgen können Bauern, Nahrungsmittelproduzenten und Händler ihre Risiken absichern. Das ist aber nur möglich, wenn es an den Börsen Investoren gibt, die bereit sind, diese Risiken zu übernehmen, also zu spekulieren. Schliesst man sie vom Handel aus, erschwert man den Produzenten die Planung und erhöht ihr Risiko. Das würde dann tatsächlich zu höheren Preisen führen.



«Die Juso-Initiative bringt keinen Nutzen, nur eine neue, unnötige Bürokratie. Diese würde die Lebensmittelproduktion in der Schweiz weiter verteuern.»

ISABELLE MORET
Präsidentin der Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (Fial), Nationalrätin FDP

Spekulation
ist nicht
Manipulation

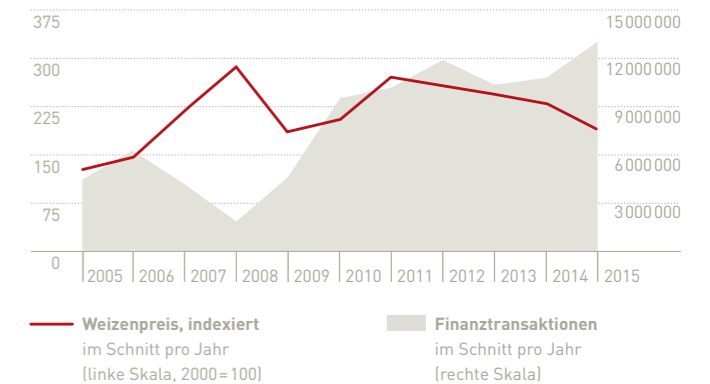
Die Initianten behaupten, Spekulanten würden Nahrungsmittelpreise gezielt in die Höhe treiben. Das ist falsch. Spekulanten haben zwar kein Interesse an der physischen Ware, sie nehmen Händlern und Produzenten aber Risiken ab, weil sie in der Zukunft einen anderen Preis erwarten. Beeinflussen können sie diesen aber nicht. Wer Preise gezielt zu seinen Gunsten verändern kann, der spekuliert nicht, sondern manipuliert den Markt. Das ist illegal. Der Bundesrat hat heute schon gesetzliche Möglichkeiten, gegen Manipulation vorzugehen. Die Initiative ist unnötig.

Ohne Wirkung
gegen
den Hunger

Der Hunger in der Welt ist eine grosse Herausforderung. Gerade deshalb müssen wir genau hinschauen: Haben Investitionen an Terminbörsen wirklich einen Einfluss auf die Nahrungsmittelpreise in Entwicklungsländern? Die Wissenschaft sagt eindeutig: Nein! Die Preise werden durch Angebot und Nachfrage vor Ort bestimmt. Und hier gibt es viele Gründe, warum ein Nahrungsmittel plötzlich teurer wird: Naturkatastrophen, Kriege, ein höherer Benzinpreis, neue Zölle – aber mit Bestimmtheit nicht die Spekulation mit Terminverträgen an einer Börse in London oder Chicago.

Das Beispiel Weizen:
Mehr Handel,
tiefere Preise

Für Weizen besteht ein grosser Markt für Terminverträge, auf dem viele spekulative Geschäfte abgewickelt werden. Die Zahlen der weltgrössten Börse in Chicago machen allerdings deutlich, dass die Zahl der Investitionen nichts mit der Höhe des realen Weizenpreises zu tun hat. Vor allem treibt die Spekulation die Preise nicht nach oben. Während sie zuletzt nämlich noch zugenommen hat, ist der durchschnittliche Weizenpreis seit 2011 jedes Jahr gesunken.



Quellen: International Grains Council (Preise), CME Group (Handelsaktivitäten), eigene Berechnungen